

Betreff: Personelle Ausstattung der Strafreferate  
bei der Bau- und Anlagenbehörde, beim  
Straßenamt und in der Abteilung für  
Gemeindeabgaben



A-8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: [spoe.klub@stadt.graz.at](mailto:spoe.klub@stadt.graz.at)  
[www.graz.spoe.at](http://www.graz.spoe.at)  
DVR: 0828157

## **ANFRAGE**

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat  
von Herrn Gemeinderat Michael Ehmann  
an Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 11. 4. 2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Einmal mehr ist zuletzt die Stadt Linz in die Schlagzeilen geraten - von der Finanzpolizei gab es erneut eine Anzeige, weil Strafanzeigen von der Strafbehörde des Magistrats nicht weiter verfolgt wurden, verjährt sind. Dies aber nicht aufgrund von Schlamperei oder aus noch ärgeren Gründen: Die BeamtInnen in Linz sind schlicht und einfach völlig überlastet, werden quasi zerrieben zwischen Personalknappheit und einer steigenden Flut von Fällen, die sie zu verfolgen hätten. Dass da manche und dann vor allem kompliziertere Fälle liegen bleiben, ist eine vielleicht nicht entschuldbare, aber logische Konsequenz.

Denn Faktum ist auch, und das wird von allen Behörden in allen Gebietskörperschaften bescheinigt: Einerseits hat sich die „Zahlungsmoral“ in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert, aber andererseits nimmt auch die Zahl der zu bearbeitenden Fälle zu. Wobei es – Stichwort Verwaltungsreformen der übergeordneten Gebietskörperschaften – die Bezirksbehörden, die Städte und Gemeinden besonders trifft, da ihnen auch permanent zusätzliche Aufgaben überantwortet werden. Jüngste Beispiele: Die Verschärfung der Jugendschutzbestimmungen (Stichwort: Rauchen ab 18 Jahre), die Verschärfung der Bestimmungen bei ungerechtfertigtem Fernbleiben vom Unterricht, das politisch gewünschte rigorose Verfolgen der gewerblichen Privatzimmervermietungen (Stichwort: AirBNB), Ausweitung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen.

Problemstellungen, die sich auch für die Stadt Graz ergeben. Man freut sich zwar, dass die Stadt Graz Jahr für Jahr wächst – wenig ist aber davon bekannt, dass in besagtem Bereich der MitarbeiterInnenstand sowohl in Hinblick auf die stetig steigende Bevölkerungszahl wie auch aufgrund umfangreicherer Aufgabenstellungen aufgestockt wurde. Angeblich, so wird gemunkelt, würde auch in Graz die Bearbeitung der Verfahren zunehmend länger und länger dauern, gäbe es einen ziemlichen Rückstau. Was bei manchen Strafen, von denen sich der Gesetzgeber – ob zu Recht oder zu Unrecht, mag jetzt dahingestellt bleiben – in weiterer Folge eine Art „nachhaltige Wirkung“ erwartet, ich denke da jetzt etwa an die Linzer Problematik der Nicht-Strafverfolgung von Schwarzarbeit und Sozialdumping, Meldevergehen, rechtswidrige Beziehung von Sozialleistungen,

Hinterziehung von Abgaben wie aber auch an den nicht regelmäßigen Schulbesuch, als nicht sinnvoll erscheint.

Dass mit internen Umstrukturierungen die vielbeschworenen Synergieeffekte und Effizienzsteigerungen erreicht werden können, ist wohl auch eher schwer nachvollziehbar.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage:

1. Inwieweit hat sich der Personalstand der Referate, die mit Strafgenden betraut sind, in den vergangenen fünf Jahren verändert?
2. In welchem Ausmaß hat sich die Zahl der zu bearbeitenden Fälle der Referate, die mit Strafgenden betraut sind, in den vergangenen fünf Jahren verändert?
3. Welche zusätzlichen Bereiche/Aufgabenstellungen betreffend Strafverfolgungen wurden in den vergangenen fünf Jahren in den Referaten, die mit Strafgenden betraut sind, übertragen, welche fielen weg?
4. Hat sich die durchschnittliche Bearbeitungsdauer in den vergangenen fünf Jahren verändert und wenn ja, in welcher Form?
5. Gibt es Fach-/Sachbereiche, in denen die Bearbeitungsdauer unverhältnismäßig länger ist und wenn ja, aus welchen Gründen?
6. Wann wurde zuletzt eine Evaluierung der Referate, die mit Strafgenden betraut sind, durchgeführt, um zu überprüfen, ob der derzeitige Personalstand für den Aufgabenbereich ausreichend ist?
7. Gibt es Rückmeldungen aus den Referaten, dass der gesetzeskonforme Vollzug mit dem vorhandenen Personal nicht mehr ausreichend gewährleistet ist?
8. Kann mit Sicherheit ausgeschlossen werden, dass auch im Bereich der Stadt Graz ähnliche Verhältnisse wie in Linz eintreten werden?